

Projekt STAR

Die SP-Fraktion stimmt zwar der Überführung der beiden Stellen aus dem Projekt STAR ins Pragma zu, behalten uns aber eine endgültige Zustimmung zu Pragma vor. Gespannt sind wir allerdings auf die Schlussanalyse (Interpellation Martin B. Lehmann) des von uns seit Jahren bekämpften Projektes STAR, welches die Regierung klammheimlich beerdigen will.

Motion von Franz Peter Iten, Arthur Walter, Thomas Brändli, Thimo Hächler, Guido Heinrich und Moritz Schmid betreffend erneutem Variantenvergleich für die Umfahrung Uuterägeri

Der Baudirektor „drohte“ an einer der letzten Sitzungen, dass wenn dieser Vorstoss nicht überwiesen würde, es eine drei- bis viermonatige Verzögerung geben würde. Nun handelt der Regierungsrat sehr schnell. Inhaltlich wird zwar nichts Neues gesagt. Der Regierungsrat findet, wenn sich einige Leute gegen ein Strassenbauprojekt wehren, sei die Legitimation gegeben um neue Varianten zu prüfen. Es wäre selbstverständlich schön, wenn der Regierungsrat oder Vertreter des Regierungsrates in Zukunft diese Maxima auch sonst nachleben würden. Schön wäre es gewesen, der Regierungsrat hätte noch einen Situationsplan zu seinem Antrag abgegeben. Die SP stimmt dem Antrag des Regierungsrates zu.

Beurkundungsgesetz

Neben STAR wird auch das Beurkundungsgesetz leise und still beerdigt. Aufgrund einer bürgerlichen Motion, u.a. vom heutigen Regierungsrat Heinz Tännler, die gegen die Stimmen der SP erheblich erklärt wurde, hätten Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen Grundstücksgeschäfte öffentlich beurkundet werden können. Die zu Recht strengen Zulassungsvoraussetzungen fanden keinen Anklang in der Privatwirtschaft, so dass die Überarbeitung des Gesetzes von der Kommission abgelehnt wurde. Die SP-Fraktion ist ebenfalls für die Beerdigung dieses unnötigen Begehrens, die von den bürgerlichen Parteien gefordert wurde. Diese kamen nun ebenfalls zum gleichen Ergebnis, auch wenn es lange dauerte.

Vorkommnisse beim Amt für Straf- und Massnahmenvollzug

Der Strafvollzug wurde durch den Amtsleiter Hanspeter Bart nicht korrekt umgesetzt (gemäss dem Bericht Bertschi), so dass es zu Verjährungen kam. Die SP-Fraktion kommt zum gleichen Ergebnis wie die erweiterte

Justizprüfungskommission in ihrem sehr gut abgefassten Bericht: der Amtsleiter missbrauchte das Vertrauen massiv. Damit muss ein Vorgesetzter in keiner Art und Weise rechnen. Nichts desto trotz hat alt Regierungsrat Hanspeter Uster Führungsfehler begangen, ein Teil davon haben einen adäquaten kausalen Zusammenhang mit den Verfehlungen von Hanspeter Bart. Aber wir sehen nicht nur alt Regierungsrat Hanspeter Uster als Schuldigen. Vor allem der Vollzugsbeamte aus dem Kanton Zürich, der beim Aufräumen von Pendenzen Verjährungen feststellte und nichts machte steht ebenfalls in der Verantwortung. Dazu noch der stellvertretende Amtsleiter, der Unregelmässigkeiten feststellte aber mangels Zivilcourage nichts unternahm.

Die SP-Fraktion lehnt die Erheblichkeitserklärung der CVP-Motion für einen wirksamen Kontrollmechanismus über den Geschäftsgang der kantonalen Verwaltung ab.

Für die SP-Fraktion: Alois Gössi